

# Keine Lust auf Big Brother

Autor(en): **D'Anna-Huber, Christine**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin**

Band (Jahr): **26 (2014)**

Heft 102

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-968019>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ist mehr Sicherheit nur noch um den Preis von weniger Privatsphäre zu haben? Für viele Bürgerinnen und Bürger geht diese Rechnung nicht auf. Von *Christine D'Anna-Huber*

## Keine Lust auf Big Brother

**S**chweizerinnen und Schweizer sind gegenüber staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre besonders skeptisch. Nur 38 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Überwachungstechnologien vom Staat routinemässig eingesetzt werden sollten; der europäische Durchschnitt liegt bei 54 Prozent. Dies ist eines der Resultate von «Surprise» (Surveillance, Privacy and Security), einer internationalen Studie, die im Auftrag der Europäischen Kommission in neun Ländern das Spannungsverhältnis zwischen modernen Sicherheitstechnologien und Grundrechten untersucht hat ([www.surprise-project.eu](http://www.surprise-project.eu)). Über 2500 nach Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger äusseren ihre Meinung zum Einsatz verschiedener moderner Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum und im Internet. In der Schweiz hat das Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung TA-Swiss im Rahmen von «Surprise» in drei Sprachregionen je ein Diskussionsforum durchgeführt.

### Nord-Süd-Gefälle

Die Befragungen zeigen, dass der Wert, welcher der Privatsphäre zugeschrieben wird, stark vom eigenen Sicherheitsempfinden abhängt. So wird der Einsatz moderner Technologien zur Überwachung der Bevölkerung zu Sicherheitszwecken meist dort stärker abgelehnt, wo sich die Befragten eher sicher fühlen. Dabei wird ein gewisses Nord-Süd-Gefälle sichtbar: In Dänemark (92%), Norwegen (90%), in der Schweiz (84%), Österreich (81%) und Deutschland (73%) fühlen sich die Befragten besonders sicher, während das allgemeine Sicherheitsgefühl in Spanien (49%), Italien (43%) und Ungarn (31%) viel weniger ausgeprägt ist - damit fallen in diesen Ländern auch die Einwände gegen staatliche Kontrolle geringer aus.

Auch innerhalb der Schweiz lässt sich dieser Trend verfolgen: Hier sind es die Deutschschweizer, die sich am sichersten fühlen und die staatliche Überwachung am stärksten ablehnen, gefolgt von der Romandie und vom Tessin. Kritischer als der internationale Durchschnitt (50% der befragten Personen) verwerfen die Schweizer zudem mit 64 Prozent die Aussage, wer nichts zu verbergen habe, der brauche sich vor Überwachung auch nicht zu fürchten.

Dass Bürgerinnen und Bürger die in politischen Debatten oft unterstellte Austauschbeziehung «Mehr Sicherheit = weniger Privatsphäre» nicht ohne weiteres schlucken, wundert Johann Čas, Koordinator des Projekts, nicht: «Betrachtet man Sicherheit umfassender, dann ist Privatsphäre eben gerade ein elementarer Bestandteil davon. Das Konzept von Datenschutz und Schutz der Privatsphäre ist ja genau zum Zweck eingeführt worden, Machtmissbrauch und staatliche Willkür zu verhindern.»

Die Ergebnisse der neun Länderbefragungen werden nun im Detail analysiert. Der Schweizer Bericht wird Ende September vorliegen und in die gesamteuropäische Auswertung einfließen, die im November in Wien vorgestellt wird. «Die Resultate sollen der Politik als Grundlage bei der Gestaltung von Gesetzen dienen», sagt Čas, «denn letztlich muss die Politik entscheiden, was von dem, was technisch möglich ist, auch tatsächlich umgesetzt werden soll.»

Christine D'Anna-Huber ist Redaktorin bei TA-Swiss.



**Technisch möglich ist vieles,  
was aber soll realisiert werden?  
Überwachungskameras in Genf,  
2007.**

Bild: Keystone/Salvatore Di Nolfi